

Reichtum besteuern und in Schulen, Krankenhäuser und bezahlbaren Wohnraum investieren

Wie wir durch eine Vermögensabgabe, ein
gerechtes Steuersystem und Investitionen mit
einem Neustart aus der Krise kommen.

DIE LINKE.

Die Folgen der Coronakrise werden immer deutlicher: vor allem Minijobber haben ihre Arbeitsplätze verloren, andere verlieren aufgrund von Kurzarbeit Teile ihres Einkommens. Selbständige, Künstler*innen und kleine Unternehmen wissen nicht, wie sie sich über Wasser halten sollen, Kneipen, Clubs und Gaststätten müssen erneut schließen und wissen nicht, ob sie jemals wieder aufmachen.

Die Regierung tut nichts um, die Lasten gerechter zu verteilen. Ab 2020 wollen CDU, SPD, FDP und AfD sogar die Schuldenbremse wieder in Kraft setzen. Dann wären Bund und Länder gezwungen, die in der Pandemie aufgenommene Kredite in kurzer Frist zurückzuzahlen. Neue Kredite für wichtige Zukunftsinvestitionen

wären nicht mehr möglich – und dass bei geringeren Steuereinnahmen durch die Krise. Also drohen Ausgabenkürzungen bei Bund, Ländern und Kommunen in historischem Ausmaß.

Doch die Krise trifft nicht alle gleich. Eine kleine wirtschaftliche Elite in diesem Land wird sogar in der Krise immer reicher. Dieter Schwarz, der Besitzer von Lidl, steigerte sein Vermögen um 11 Milliarden Euro seit dem September 2020. Während BMW für die angemeldete Kurzarbeit in Deutschland öffentliche Gelder aus der Arbeitslosenversicherung in Anspruch nimmt und in Großbritannien sogar staatliche Hilfen in Milliardenhöhe, schüttete der Konzern 1,6 Milliarden Euro Dividende an seine Aktionäre aus.

Wofür DIE LINKE eintritt:

- Die Schuldenbremse behindert wichtige Zukunfts-investitionen, sie gehört abgeschafft. **Langfristige Zukunfts-investitionen** sollen mit ebenso **langfristigen Krediten** finanziert werden (wie das fast jede Häusle-Bauerin auch tut).
- Solche **Investitionen in Schulen, Krankenhäuser**, erneuerbare Energien, eine klimagerechte Verkehrswende und bezahlbare und energetisch sanierte Wohnungen lenken den **Neustart nach der Krise** in die richtige Richtung und beschleunigen ihn.
- Die in der **Krise aufgenommenen Kredite** des Bundes und der Länder sollen **über einen langen Zeitraum von 50 Jahren abgetragen** werden. Auch weil der Bund bei neu aufgenommenen Krediten wegen der Negativzinsen zurzeit sogar Geld verdient, gibt es keine Notwendigkeit, diese schnell zurück zu zahlen.
- Eine Abgabe auf Vermögen von mehr als zwei Millionen Euro kann die **reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung** an den Krisenlasten entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Der Steuersatz liegt bei 10 Prozent und steigt dann auf 30 Prozent für Vermögen von mehr als 100 Millionen Euro. Ein solcher **Lastenausgleich** würde dem Bund über 20 Jahre mehr als 310 Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen.

DIE LINKE. Hessen
Allerheiligentor 2-4
60311 Frankfurt am Main
kontakt@die-linke-hessen.de
Verantwortlich: Stephanie Schury

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HESSEN